

Ständig erreichen uns Bürger neue Hiobsbotschaften.

Kaum hat das Jahr 2011 begonnen, werden den Bürgern wieder erhebliche Belastungen aufgebürdet. So sollen die Strompreise steigen, Sozialversicherungsbeiträge, Grund- und Gewerbesteuern werden erhöht und zu allem Übel lässt der Wasser- und Abwasserzweckverband Gotha und Landkreisgemeinden seine „Kunden“ nicht zur Ruhe kommen.

Der WAZV verkündet wie schon öfters zum Jahreswechsel im Amtsblatt vom 17.12.2010 die frohe Botschaft, ab 01.01.2011 Niederschlagswasserbeseitigungsgebühren von allen Bürgern erheben zu müssen. Sie meinen damit vielleicht, mit diesem Verhalten zur besseren Festtagsstimmung beitragen zu können! Ob es Niederschlag gab oder nicht, die Bürger haben zu zahlen!

Über die Berechnungsmethoden, ob tatsächlich Regenwasser angefallen ist, in welchem Zeitraum und welcher Verdampfungsgrad etc. als Berechnungsgrundlage gelten muss, wird sich nicht geäußert. Über diese und noch andere Fragen war im Amtsblatt nichts zu lesen. Deshalb scheinen die Berechnungsmethoden äußerst fragwürdig zu sein. Die Niederschlagswasserbeseitigungsgebühr (im Amtsblatt ist zu lesen, dass sie ab 01.01.2011 pro m² Grundstücksfläche 0,28 € bis 0,48 € beträgt) ist wenig aussagefähig. Jedenfalls, das was im Amtsblatt verkündet wurde, kann so nicht hingenommen werden. Grundsätzlich sollte angestrebt werden, das anfallende Niederschlagswasser dort zu belassen, wo es räumlich anfällt (einige Wohnungsgesellschaften der alten Bundesländer geben dazu gute Beispiele).

Die Einleitung in den Erdbereich (Grundwasser) ist einer Einleitung in Oberflächengewässer oder Kläranlagen vorzuziehen. Dezentrale Regenwasserbeseitigung ist die Lösung. Nur so lässt sich ein funktionierender Wasserhaushalt verwirklichen, weil Schäden an Oberflächengewässern vermieden werden. Der Grundwasserspiegel sinkt seit Jahren durch den übertriebenen Bau von kilometerlangen Rohrleitungen. Von Winterstein, Schwarzhausen, Schmerbach und Fischbach soll ein 30 km langer Abwasserkanal bis Stedtfeld / hinter Eisenach verlegt werden, dieser Wahnsinn und die damit verbundene Zerklüftung der Landschaft / Natur muss gestoppt werden.

Wasser wird benötigt für eine funktionierende Vegetation, denn ohne Wasser ist keinerlei Wachstum zu verzeichnen. Auch der Wasserhaushalt von Mensch und Tier wird in Thüringen größtenteils durch Niederschlagswasser gedeckt. Wasser dient der Daseinsfürsorge. Nicht zuletzt werden die Investitionskosten eines Zweckverbandes gesenkt, wenn das Regenwasser dort verbleibt, wo es anfällt. Niederschlagswasser trägt u.a. zur Klimaerhaltung bei. Dies scheint aber von einigen Zweckverbänden in Thüringen nicht gewollt zu sein. Spült es doch ohne nachweisbaren Mehraufwand eines Verbandes und bis heute nicht bekannt gegebener Kalkulationen erbliche Summen in ihre Kassen ein. Die Zweckverbände in Thüringen sind nicht Eigentum der Verbandsräte / Bürgermeister der Städte und Gemeinden, sondern sie haben sich für ihre einstigen Wähler einzusetzen, um Schaden von ihnen abzuwenden.

Das Landwirtschaftsministerium Thüringens sollte dies auch einmal bewerten und endlich reagieren!

Einheitliche Gesetze müssen allen Bürgern Thüringens garantiert werden um der Ungleichbehandlung ein Ende zu bereiten.

Die meisten Bürger wollen das System Honecker nicht wieder haben, sind jedoch zur Wendezeit nicht auf die Straße gegangen um wie gegenwärtig nach Gutsherrenart abgezockt zu werden. Das Ende der Fahnenstange ist längst überschritten. Wie sollen die Bürger die ständig steigenden Abgaben noch schultern können?

Die kapitalistische Marktwirtschaft muss abgelehnt werden, wo Nachfrage und Angebot den Preis regeln. Auch hier hat sich gegenwärtig gezeigt, dass es, wenn Mangelerscheinungen wie bei Streusalz auftreten, der Preis von 80 € / Einheit über Nacht auf 150 € angehoben wird. Dies hat nichts mehr mit sozialer Marktwirtschaft zu tun. Selbst die Ausbeutung der Kommunen ist grenzenlos. Mehr Demokratie kann nicht schaden.

Die Ministerpräsidentin Lieberknecht (CDU) scheint dies alles nicht zu interessieren, sonst hätte sie sich längst zu diesem Themenkomplex einmal zu Wort gemeldet.

Mit freundlichen Grüßen

Horst Reising

BI-Stadtrat Waltershausen

02.01.2011

Anhängendes Foto zeigt, wie seit Jahren Niederschlagswasser von Neubauten in Karlsruhe in den Erdbereich zur Erhaltung des Grundwasserspiegels, Klimas und zur Entlastung von Klärwerken eingeleitet wird.

Foto wurde am 26.04.2006 aufgenommen.

